

„Rechtsradikale und Antisemiten“: Von der Manipulation beim „Moma“-Frühstück

Als ich vor über 30 Jahren zum ersten Mal in den USA war und morgens im Hotel aus Langeweile die Glotze anschaltete, stellte ich fest, dass dort eine „Morning Show“ lief, von NBC, meine ich mich zu erinnern. Morgens vor dem Frühstück fernsehen? Nachrichten und Wetter – ok. Aber Studiogäste, Gewinnspiele, Kulturbeiträge und Kino-Ankündigungen? Die spinnen, die Amis, dachte ich in typisch europäischer (deutscher) Überheblichkeit gegenüber dem großen Bruder auf der anderen Seite des Atlantiks.

In Deutschland war es dann der Privatsender Sat.1, der den Anfang machte. An jedem Morgen lief bei mir/bei uns zwischen Dusche, Zähneputzen und Rühreibraten das „Frühstücksfernsehen“. Erinnern Sie sich noch an den „Superball“? Ein sinnfreies Computerspiel, wo man mit verbundenen Augen und Joystick Hindernissen ausweichen musste? Jeden Tag haben wir den Krempel angeschaut, es gehörte einfach dazu.

Und heute erfreut sich das ARD/ZDF-Morgenmagazin – kurz Moma – großer Beliebtheit beim Publikum, besonders natürlich in Krisenzeiten wie jetzt. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn spricht das Wort zur Lage, zwei Politiker – Wolfgang Bosbach (CDU, 1. FC Köln) und Kevin Kühnert (SPD, Arminia Bielefeld) – streiten, ob es „Geisterspiele“ geben soll, damit die Fußball-Bundesligen überleben kann – alles seichte Kost, die man beim Morgenkaffee so wegschlabbern kann.

Unangenehm ist allerdings die nahezu tägliche Volkserziehung, die das Öffentlich-Rechtliche System inzwischen zu seinem „Markenzeichen“ entwickelt hat. So ging es heute um die überall in Deutschland zunehmenden Proteste von Bürgern gegen die Einschränkungen der Bewegungs- und Meinungsfreiheit in Deutschland durch die Regierung(en). Unsere Freiheit – ist das nicht das Wichtigste überhaupt? Und müssen sich die Regierenden nicht gegenüber ihrem Volk erklären für das, was sie tun? Und ist die Meinungsfreiheit, die Freiheit zu denken, zu reden und zu sagen, was man will, nicht neben dem Recht auf Leben und dem auf Würde das wichtigste Grundrecht überhaupt in Deutschland?

Zu kurzen Schnittbildern von aktuellen Demos in Stuttgart und Berlin, auf denen ganz normale Bürger für ihre Freiheitsrechte Gesicht zeigen, erklären uns die Moma-Manipulierer, dass sich unter diese Demonstrationen zunehmend – Achtung! – „Rechtsradikale und Antisemiten“ mischten. Einen Beleg dafür bleiben die Staatsfunker schuldig. Ich meine, wenn es so wäre, dann könnte man doch mal „Rechtsradikale“ zeigen, so Glatzen mit Hakenkreuz-Tattoo und „88“-Shirts. Oder bekannte Gesichter der Nazi-Szene in Deutschland. Oder wenigstens einen Verfassungsschützer, der erklärt, man habe da so Erkenntnisse. Aber nichts, null, nada! Nur ein junger Mann von einem Institut aus Jena, der irgendwie besorgt ist, warum auch immer.

Es wird eine Behauptung in den Raum gestellt und an die deutschen Frühstückstische herangespielt, die durch nichts belegt ist. Da demonstrieren Bürger für ihre Grundrechte, viele mit Grundgesetz in den Händen, und werden von den ehemaligen medialen „Grundversorgern“ unter Generalverdacht gestellt:

Rechte und Antisemiten. Auch der Vorwurf, da seien Antisemiten unterwegs, wird durch Nichts belegt. Sie manipulieren uns auf eine ekelerregende Weise, und wir – nebenbei zu Erinnerung – werden gezwungen, das auch noch zu bezahlen mit einer monatlichen „Demokratieabgabe“. Aber weil es handwerklich so schlecht ist, merken es die Leute wenigstens, dass sie manipuliert werden sollten.

In der gleichen Moma-Sendung heute, eine Stunde später, wird ein älteres Ehepaar beim Frühstück gezeigt, die die derzeitigen staatlichen Einschränkungen des Staates auch für völlig übertrieben halten. Im Grunde sagten die beiden sympathischen Rentner genau das Gleiche wie die vorher gezeigten Demonstranten in Stuttgart und Berlin. Alles völlig übertrieben und so. Und wissen Sie was? Das Ehepaar, so erzählte uns der Moderator, seien Zeit ihres Lebens immer widerborstig gegen die Obrigkeit gewesen. Sie seien nämlich „Alt-68er“. Und damit wurden Sie natürlich nicht gefragt, ob sie vielleicht nebenbei auch Antisemiten oder Nazis seien. Merke: Protest ist für die Staatsfunke dann gut, wenn es linker Protest ist. Alles andere ist verdächtig.

In Zeiten des medialen Mainstreams sind freie, unabhängige und seriöse Medien extrem wichtig für unsere offene Gesellschaft. Gemeinsam mit vielen anderen bürgerlich-konservativen Internet-Journalisten bemühe ich mich hier auf denken-erwünscht darum, auch anderen Blickwinkeln eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Das ist nur möglich, wenn die Freunde der Meinungsfreiheit unsere Arbeit auch finanziell unterstützen. Wenn Sie dazu in der Lage und willens sind, freue ich mich über jede Unterstützung zum Beispiel über PAYPAL [hier](#)

Angriff auf ZDF-Team: Die Naivität gegenüber dem gewalttätigen Mob von Links ist unerträglich

Harald Ortmann ist Chef der Produktionsfirma United TV, die allwöchentlich die Satiresendung „Heute Show“ produziert. Als in Berlin jetzt wieder die Fufkranken der Weltrevolution zum alljährlichen Gewalt-Ritual am 1. Mai aufmarschierten, traf es seine Leute. Nach dem Angriff verummter Schläger mit Sturmhauben über dem Kopf mussten fünf seiner Angestellten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus. Nicht lebensgefährlich verletzt aber nach Ortmanns Aussagen im SPIEGEL mit „Prellungen am ganzen Körper und Schnittwunden im Gesicht“. Das ist ganz übel, was da geschehen ist, und doch

fasziniert mich, wie blauäugig so ein erfahrener Medienmann angesichts der rapiden Zunahme linksradikaler Gewalt auch heute immer noch ist.

„Wir haben es hier nicht mit Kriegsberichterstattung zu tun“, behauptet Ortmann im Interview weiter. Doch, lieber Kollege, genau damit haben wir es zu tun. Die Gewalttriale linker Sturmabteilungen in Berlin reichen bis in die 80er Jahre zurück. Die seit Wendetagen besetzten Häuser in der Rigaer Straße in Friedrichshain, von denen latente Gefahr für Passanten und Anwohner ausgeht, die ständigen Übergriffe auf Polizeibeamte. Und wenn wir nach Hamburg schauen, besonders an die G20-Krawalle, wo ganze Straßenzüge von Linksterroristen verwüstet und zahlreiche Polizisten verletzt wurden? Linksradikalismus sei ein aufgebauschtes Problem, hatte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) noch wenige Monate vorher behauptet und tapfer den Etat ihres Ministeriums für den „Kampf gegen Rechts“ auf 108 Millionen Euro aufgestockt. Eine ganze Polit-Industrie lebt in diesem Land auf Kosten der Allgemeinheit vom „Kampf gegen Rechts“, vom Gender-Schwachsinn (allein 120 Lehrstühle an unseren Universitäten) und neuerdings von der Klimarettung. Und niemand wehrt sich, kein Parlament dreht diesen Leuten die üppig sprudelnden Geldhähne ab. Die fleißigen Bürger und die Unternehmer, insbesondere kleine und mittlere, finanzieren die ganze linke Party für die Leute, die sie auch mit brutaler Gewalt bekämpfen und in ihren Zirkeln auch mal darüber phantasieren, nach der Revolution ein Prozent der „Reichen“ zu erschießen und die anderen einem Arbeitsdienst zuzuführen. Vorbilder gibt es viele für sowas, bei den Nazis ebenso wie bei den Kommunisten.

Aber wir finden das alles niedlich, denn wir sind total tolerant. Wir wollen modern sein, bunt und vielfältig. Und niemand steht auf und beendet diesen Spuk. So wie die Nazi-Killer vom NSU oder der Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke oder der Attentäter von Halle und andere, so sind auch die zunehmend offen agierenden Linksterroristen eine Gefahr für die freiheitliche Gesellschaft und eine Herausforderung für unseren Rechtsstaat. Hin und wieder mal eine Hundertschaft Polizei hinschicken, wenn es brennt, löst das Problem nicht. Diese Gesellschaft muss die Politik unter Druck setzen, linke Gewalttäter genau so hart zu verfolgen wie rechte und – wo wir gerade dabei sind – auch diejenigen, die im Namen Allahs mit einem LKW in den Weihnachtsmarkt rasen oder in einem abgelegenen Haus im Sauerland große Bomben zusammenbauen und -mischen.

Das ist kein Spaß. Was sind das für Schwachmaten, die teilweise sogar im Bundestag und in Landtagen als Abgeordnete rumsitzen und Anstecker der linksextremistischen sogenannten „antifa“ tragen oder Beiträge an die „Rote Hilfe“ überweisen? Was ist das für ein Bundespräsident, der die Bürger zur Teilnahme am Konzert einen linksextremen Band aufruft, die zur Gewalt gegen Polizisten aufstachelt und vom Verfassungsschutz überwacht wird?

Die Kollegen der „Heute Show“ sind zu bedauern, und ihnen gilt mein und hoffentlich auch Ihr Mitgefühl. Hoffentlich sind Sie bald wieder genesen und lassen sich durch die erlebte Gewalt nicht einschüchtern! Die erlebte Gewalt von Links, möchte ich hinzufügen. Harald Ortmann sagt im Interview mit der SPIEGEL den Satz: *„Ich persönlich kann mir jedoch auch vorstellen, dass die Absichten nicht einem bestimmten Lager zuzuordnen sind.“* Klar, das war eine Messdienergruppe aus dem Schwarzwald. Man möchte ihn anschreien ob dieser Naivität. Und er sagte auch: „Woher kommt diese Wut, die meine Leute

da abbekommen haben?“ Ich kann es Ihnen sagen, Herr Kollege. Aber die Antwort könnte Sie verunsichern...

In Zeiten des medialen Mainstreams sind freie, unabhängige und seriöse Medien extrem wichtig für unsere offene Gesellschaft. Gemeinsam mit vielen anderen bürgerlich-konservativen Internet-Journalisten bemühe ich mich hier auf denken-erwünscht darum, auch anderen Blickwinkeln eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Das ist nur möglich, wenn die Freunde der Meinungsfreiheit unsere Arbeit auch finanziell unterstützen. Wenn Sie dazu in der Lage und willens sind, freue ich mich über jede Unterstützung zum Beispiel über PAYPAL [hier](#)

Der verzweifelte Griff nach jedem Strohalm - warum Herr Dr. Schiffmann keine Chance hat

Der Hype in den Sozialen Netzwerken um die neue „Partei“ *Widerstand2020* des Sinsheimer Medizineres Dr. Bodo Schiffmann wird später weniger die Politologen als vielmehr Psychologen zu intensiven Forschungen motivieren. Wie ist es möglich, dass ein politisch heimatlos gewordener Teil unserer Gesellschaft nach wirklich jedem Strohalm greift, der sich ihm bietet? Oft wider besseren Wissens. Erinnern Sie sich noch an den Bund Freies Deutschland (BFD) in Berlin? Die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP)? An die DSU, den Bund Freier Bürger, Die Freiheit, Die Republikaner, die Schill-Partei, Die Blauen, die LKR? Natürlich erinnern Sie sich alle, jeder von und hat das verfolgt, viele haben dort mitgemacht, manche auch in mehreren hintereinander. Und was hat es gebracht? Nichts, im besten Fall mal kurz ein gutes Gefühl, mit Gleichgesinnten an einem Tisch zu sitzen und zu jammern. So funktioniert Politik aber nicht, liebe Freunde!

Lassen Sie mich vorab klarstellen:

Deutschland braucht zum jetzigen Zeitpunkt keine neue bürgerliche Partei. Deutschland braucht in vielen Bereichen (Meinungsfreiheit, Rechtsstaat, Migration, Sicherheit, Familie, Mittelstand) eine andere Politik. Und das dringend!

Das Angebot nicht linker Parteien ist mit CDU/CSU, FDP und AfD völlig ausreichend, aber alle drei Parteien sind inhaltlich, strukturell und in Teilen personell nicht gut aufgestellt. „Suboptimal“ würde Doris Schröder-Köpf das wohl nennen, wie damals nach dem Auftritt ihres Gatten Gerd in der Wahlrunde der ARD 2005.

Die Union befindet sich gerade auf einem Höhenflug, der nicht eigenen Leistungen sondern der Tatsache geschuldet ist, dass sich die Bürger in Krisenzeiten hinter ihren Anführern versammeln. Und jetzt ist Corona-Lockdown und die Anführer, die sagen, wo es lang zu gehen hat und die ihre Hände am Geldhahn

haben, heißen Merkel, Spahn, Laschet und Söder. Und merken Sie was? Die sind alle in der Union, wobei ich niemals verstehen werde, wie das möglich war, dass Frau Merkel mit ihrem Lebenslauf an die Spitze von CDU und Deutschland kommen konnte. Aber das ist ein anderes Thema. Die Union sollte sich nicht zu früh freuen, denn der Ist-Stand stellt sich äußerst fragil dar. Wenn jetzt im Mai die Lockerungen beginnen und dann passiert etwas, 60 Tote nach einem Besuch in der Gartenwirtschaft so wie es damals beim Karneval in Heinsberg begann, dann ist Feuer unter dem Dach. Die Leute werden dann einen Herrn Laschet als Schuldigen geißeln, der als erster begonnen hat, nach Lockerungen zu rufen. Oder wenn Bundeswirtschaftsminister Altmeier noch im März sagte, es werde - wörtlich - „kein Arbeitsplatz durch das Coronavirus verlorengehen“ und dann gibt es plötzlich Hunderttausende Arbeitslose mehr... Wer sich jetzt in der Union zurücklehnt und denkt, es läuft doch, der kann ein böses Erwachen erleben. Und das schon bald. Die Union muss jetzt die Gelegenheit nutzen, um sich neu aufzustellen, inhaltlich einen deutlichen und glaubhaften Kurswechsel bei Energie, Migration und auch Familie hinlegen. Sonst ist es vorbei mit der Volkspartei der Mitte.

Die FDP atmet wieder - das ist gut. Gleich mehrere ihrer Spitzenleute haben in den vergangenen Tagen Distanz zum Kurs der Großen Koalition in der Corona-Krise deutlich zu Protokoll gegeben, allen voran Christian Lindner. Aber eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Und der Lockdown wird uns zwar noch lange beschäftigen, aber es gibt andere wichtige Themen wie etwa die durch die unsinnige Weltuntergangs-Prophetin namens Greta ausgelöste Strangulierung der deutschen Automobilindustrie. Da wäre die FDP extrem wichtig, eine Kursänderung der sogenannten „Klimapolitik“ massiv einzufordern. Ich bin sehr gespannt.

Die AfD kommt in diesen Tagen kaum vor in den Medien. Das ist normal, weil a) die meinungsführenden Medien die Partei sowieso nicht mögen und seit Jahren benachteiligen. Und weil b) die Partei weiterhin keine Möglichkeit hat, irgendwie politisch einzugreifen und mitzugestalten. Papiere, Anträge und Anfragen werden fleißig geschrieben in Bundestag und den 16 Landtagen. Dann landen sie direkt im Papierkorb, weil sie von der AfD produziert wurden. Das kann man beklagen, und auch ich finde das schäbig, so zu tun, als seien sechs Millionen Bürger, die diese Partei 2017 gewählt haben, gar nicht existent. So, als hätten sie kein Recht, mitzureden über die Zukunft dieses Landes. Das willkommene Argument aller anderen Parteien bietet der sogenannte „Flügel“, also der „rechte Narrensaum“, wie Beatrix von Storch das treffend formuliert hat. Darin sind die Leute organisiert - Sie glauben nicht ernsthaft, dass sie sich jetzt zerstreuen, oder? - die alleine Schuld daran tragen, dass die Partei zunehmend vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Für die Menschen aus der bürgerlichen Mitte, die in ihrem Leben beruflich etwas zu verlieren haben oder im Öffentlichen Dienst arbeiten ist das eine ernste Angelegenheit, und die ersten haben die AfD bereits verlassen.

Nein, es ist eigentlich alles da - konservativ, liberal, christlich-sozial - nur im aktuellen Zustand für viele Bürger kaum wählbar.

Braucht Deutschland also eine neue bürgerliche Partei? So etwas, wie CDU und CSU einmal waren? Kann sein, dass ein solcher Zeitpunkt irgendwann in zwei, drei Jahren kommen wird, vielleicht sogar muss. Spätestens, wenn nach der Bundestagswahl 2021 eine schwarz-grüne Bundesregierung von einem Kanzler Laschet und einem Vizekanzler Harbeck gebildet wird. Spätestens dann ist endgültig Feierabend für diejenigen, die ihr altes Deutschland von vor 2016 zurückhaben wollen.

Kommen wir also zu Herrn Dr. Schiffmann von den Sinsheimer Schwindelambulanz, der mir und vielen von Ihnen in den vergangenen Wochen mit seinen messerscharfen Video-Analysen zum vorherrschenden Alarmismus so viel Freude bereitet hat. Solche Menschen braucht dieses Land, die sich etwas trauen und der vorherrschenden Meinung mit starken Argumenten entgegentreten. Das ist gelebte Demokratie.

Die Ankündigung, dass dieser großartige Herr Dr. Schiffmann, jetzt seinen Hut in den Ring wirft und mit einer neuen Partei mitmischen will, hat in den bürgerlich-konservativen Netzwerken geradezu Euphorie – zuerst wollte ich orgiastische Zustände schreiben – ausgelöst. Aber hören Sie sich das mal an, was er über seine Pläne erzählt! Programm? Er habe da in Berlin Obdachlose gesehen, da müsste man was tun und sie in die verwaisten Hotels einquartieren. Die Armutsmigranten aus aller Welt, die für ein besseres Leben nach Deutschland kommen, vergleicht er allen Ernstes mit Jesus Christus und seinen Aposteln. Ob er damit auch den Anteil der Gewalttäter unter diesen „Flüchtlingen“ meint, die hierzulande „geduldet“ werden, obwohl sie eigentlich längst hätten abgeschoben werden müssen, lassen wir mal im Raum stehen. Jedenfalls sagt Herr Dr. Schiffmann, die Flüchtlinge aus Afrika könnte man problemlos in einem deutschen Bundesland unterbringen. Selbst wenn es ein dünn besiedeltes Flächenland wäre wie Mecklenburg-Vorpommern – ist das wirklich die Hoffnung für unsereins? Herr Dr. Schiffmann appelliert an die Angehörigen von Abgeordneten der anderen Parlamentsparteien, doch ihre Männer zu bewegen, sich #Widerstand2020 anzuschließen. Warum sollten die das tun? Der Name der Partei klingt eher wie ein antifa-Workshop. Politiker, die ihre Mandate behalten wollen, werden sich nicht einer Partei anschließen, die keine Strukturen hat und wo man Klicks auf einer Homepage für „Parteimitglieder“ hält.

Aber keine Frage: Der Hype um Dr. Schiffmann und seine neue Partei belegt auch eindrucksvoll, wie verzweifelt viele Bürger in Deutschland inzwischen mit der politischen Lage sind.

Endlich mal wieder eine neue Partei - viel Vergnügen!

Ein Gespenst geht um in Deutschland....das Gespenst einer neuen Partei. Nach einer Woche soll sie schon 28.000 Mitglieder haben, gar 40.000 oder noch mehr – also so viel wie die AfD heute – nach sieben Jahren – hat. Und viele Prominente aus der Gesellschaft sind dabei, nur leider kenne ich außer Dr. Schiffmann keine solchen Namen. Haben sie eine Struktur? Ein Programm? Geld? Keine Ahnung. Aber ich interessiere mich seit 45 Jahren für Politik und habe etwa zwei Dutzend bürgerlich-konservative Parteigründungen jämmerlich scheitern sehen, teilweise sogar aus nächster Nähe.

Macht, was Ihr wollt, von mir auf gründet jede Woche eine neue Partei zur Rettung des Vaterlandes! Meine Philosophie ist eine andere. Es gibt im deutschen Parteiensystem alles, was der Wähler braucht, Linke und Rechte, Witzige und Träge, Kluge und Doofe. Es ist alles da, wirklich alles, aber es ist nicht gut

aufgestellt, es ist nicht überzeugend, es gibt zu wenige überzeugende Vorturner. Das ist das Problem. Die bestehenden Parteien wieder fit machen, das wäre gut.

Vieles in Deutschland läuft schlecht, und das nicht erst seit Virus-Zeiten. Die vergangenen fünf Jahre unter Kanzlerin Merkel waren verlorene Jahre für unser Land. Es wird 20 Jahre dauern, um all die Schäden, die unter Merkels Verantwortung angerichtet wurden, zu beheben. Vielleicht braucht es dazu wirklich eine neue politische Kraft, eine Partei auch, ja. Aber so ein Schnellschuss aus der Hüfte, mit täglichen Wasserstandsmeldungen, die sowas von Fake sind aber trotzdem begierig aufgesogen und verbreitet werden, dass einem schwindelig wird? Vergesst es!

Der Rechtsstaat funktioniert noch immer

In Zeiten, in denen eine Bundeskanzlerin mit einem Telefonanruf aus Südafrika das rechtmäßige Ergebnis einer Wahl in Thüringen „rückgängig“ machen kann, darf man mit Fug und Recht Zweifel hegen, ob in unserem Land noch alles rechtsstaatlich zugeht. Aber es gibt eben auch Lichtblicke wie heute im Saarland. Dort hat das Verfassungsgericht der Eilklage eines Bürgers stattgegeben und angeordnet, die Einschränkungen für die Bürger im Zuge der Corona-Bekämpfung SOFORT deutlich zu lockern. Ein hochgeschätzter Kollege der BILD ätzte am Nachmittag auf Facebook, nun könne man im Saarland seine Eltern auch wieder privat besuchen und nicht nur mit Abstand beim Autohändler treffen.

Das Urteil - ich weiß, dass das Saarland klein ist - widerlegt aber die vielen Verbalrabulisten, die tagtäglich in den Sozialen Netzwerken von der kurz bevorstehenden Diktatur schwurbeln und Vergleiche zwischen dem heutigen Deutschland und der Endzeit der DDR ziehen. Hätte dort ein einzelner Bürger vor Gericht gegen staatliche Großmaßnahmen klagen und dann auch noch gewinnen können? Ganz sicher nicht. Es knirscht an vielen Ecken und Enden, aber unser Rechtsstaat ist noch nicht verloren.

Parteitage abgesagt, jetzt könnte zumindest die CDU mal etwas wagen

Eigentlich sollten CDU und AfD an diesem Wochenende ihre Bundesparteitage veranstalten. Das Coronavirus und die Maßnahmen der Regierung haben dafür gesorgt, dass das nicht stattfindet. Die CDU wollte entscheiden, ob Armin Laschet, Friedrich Merz oder Norbert Röttgen Vorsitzender wird. Die AfD wollte klären, ob sie nicht nur rechts, sondern auch sozialistisch werden will mit einem neuen

Sozialprogramm. Björn Höcke hat da so Ideen, und Sozialismus war ja immer schon ein Erfolgsmodell.

Für die CDU bietet sich mit der Absage dieses Parteitages eine unerwartete Chance. Sie hat nun Zeit, etwas Revolutionäres zu machen. Sie kann ihre 420.000 Mitglieder entscheiden lassen, wer der drei Männer Frau Merkel und Frau Kramp-Karrenbauer an der Spitze der letzten Volkspartei in Deutschland folgen soll. Die Frontlinie ist dabei klar: Gegen einen Mitgliederentscheid sind alle diejenigen, die für ein „Weiter so“ stehen und Friedrich Merz um jeden Preis verhindern wollen. Für ein Mitgliedervotum sind alle die, die Friedrich Merz unbedingt als Bundeskanzler wollen. Ganz einfach eigentlich.

Und die, die Merz verhindern wollen und deshalb gegen einen Mitgliederentscheid sind, behaupten jetzt, man könne ja beim Kandidatenschaulaufen der SPD sehen, was das für ein Desaster war. Was sie vergessen: das Rennen der Kandidaten um die Merkel-Nachfolge in der eigenen Partei war ein Musterbeispiel innerparteilicher Demokratie. Mitreißende Regionalkonferenzen, anständiger Umgang der drei Kandidaten und dann eine - allerdings falsche - Entscheidung. Aber das Verfahren hat der CDU eindeutig genutzt. Warum jetzt also nicht Demokratie wagen und statt der Nutznießer der Systems Merkel das Fußvolk, die einfachen Mitglieder, zu befragen?

Ich bin für einen Mitgliederentscheid. Und ich bin für Friedrich Merz. Natürlich!

„Tatort“: Die ARD macht sich echt Sorgen um „rechte“ selbstbewusste Frauen

Vor ein paar Monaten war ich zu einem bürgerlich-konservativen Stammtisch in Göttingen eingeladen. Die Mehrheit der Teilnehmer waren Studenten. Was sie über die Stadt erzählten, über den Meinungsterror gegen alles, was nicht links ist an der Universität, über besetzte Immobilien, die von den Steuerzahlern finanziert werden müssen, über Stadträte, die sich wehren und deshalb persönlich massiv bedroht werden, war erschütternd. Und über die Lokalzeitung, die über all das nichts schreibt und brav die Nationalität selbst von überführten Mördern verschweigt.

Der ARD-Tatort am Abend spielte in Göttingen und beschäftigte sich mit nichts davon. Es ging im Kern um junge Frauen, die „rechts“ sind, also den Gender-Schwachsinn als das betrachten, was er ist, nämlich Schwachsinn. Die gegen das Unrecht der Massenabtreibung sind, und die sich mit ihren männlichen Lebensgefährten als normale Verbindung sehen. Vor ein paar Jahren hätte man gesagt: Frauen aus der CDU. Heute zeichnet die öffentlich-rechtliche ARD zum wiederholten Mal ein Zerrbild der Wirklichkeit. Alles böse Rechte, eine Richterin, von der man annehmen muss, dass sie nicht links durchsozialisiert wurde. Frau Lindholm und ihre Kollegin, die verstört sind, dass es rechte und kluge Frauen überhaupt gibt. Und die darüber philosophieren, dass man mit solchen Leuten am besten gar nicht spricht.

Die Aneinanderreihung von billigen Klischees, finanziert von uns allen, ist einfach nur lächerlich. Aber sie tun es, und sie bieten mir die Vorlage, auf ein Thema hinzuweisen, das mich schon seit Monaten beschäftigt. Warum gibt es heute so viele kluge und engagierte Frauen, die sich politisch auf der rechten Seite des Spektrums bewegen? Ich meine dabei nicht nur Politikerinnen aus der AfD, aber natürlich auch welche von ihnen. Frauen, deren Blutdruck steigt angesichts der ideologischen Umerziehung, die von der politischen Linken in Deutschland betrieben wird. Geschlecht ist unwichtig, sexuelle Vielfalt in der Kita muss gelehrt werden, sexuelle Übergriffe sind schlimm, außer wenn sie von jungen Männern aus anderen Kulturkreisen begangen werden und so weiter. Es gibt unglaublich viele Frauen in Deutschland, die das nicht mehr mitmachen und sich wehren wollen. Eine Bekannte, die keiner Partei angehört, erzählte mir letzts am Telefon, dass sie niemals eine Beziehung mit jemandem eingehen würde, der die Umgestaltung unserer Gesellschaft auch nur gut fände, der nicht emotional leidet und Bluthochdruck bekommt angesichts dessen, was in diesem Land seit vier, fünf Jahren passiert.

Junge, konservative und hochintelligente Frauen, die sich engagieren, die keine Quote brauchen, um sich durchzusetzen, sind der absolute Albtraum für die Feminismusindustrie. Junge Frauen, die Mütter sind und ihr Leben bravourös meistern ohne einen Nanny-Staat, der ihnen ihre Kinder möglichst gleich nach der Geburt abnimmt und staatlich verwahrt, damit Mutti wieder in die Produktion entlassen werden kann. Egal, ob sie das selbst so wollen oder nicht. Wenn unsere Volkserziehungssender sich Sorgen um diese Frauen machen, dann ist das gut. Sehr gut.

Stadt Dortmund will Naidoo-Konzert verhindern - davor wollen wir Fakten sehen!

Das erste große Live-Konzert, das unsere älteste Tochter erlebt hat, war eins von Xavier Naidoo. In Düsseldorf, ganz uncool mit ihren Eltern und 5.000 anderen Musikfans. Ein Sänger, der über seinen christlichen Glauben sang und damit die Charts stürmte („Seine Straßen“). Und der uns beim „Sommermärchen“ 2006, als die globale Fußball-Gemeinde auf Deutschland schaute, zum weinen brachte mit „Dieser Weg wird kein leichter sein“. Ein Jury-Mitglied bei der Castigshow DSDS. Und jetzt raus, ein Paria. Eine persona non grata, weil er offenbar politische Überzeugungen vertritt, die nicht nur dem Mainstream entgegenstehen, sondern auch mir und vielen Bürgerlichen.

Hat er Kontakte zu den Identitären, die wegen Rechtslastigkeit vom Verfassungsschutz beobachtet werden? Ist er ein Antisemit? Ich weiß es nicht, wenn er es ist, für mich ein No Go! Antisemitismus ist in keiner Form tolerierbar, egal, ob er von Rechtsradikalen, Muslimen oder einem Sänger ausgeht. Doch bevor der Staat einem Künstler Auftrittsverbot erteilt, muss er darlegen, was gegen diesen Mann vorliegt. Dubiose Andeutungen reichen da nicht aus.

„Wir wollen Xavier Naidoo nicht in unserer Stadt und auch nicht jene Anhänger seiner Musik, die seine Positionen teilen“, sagte Oberbürgermeister Ullrich Sierau (SPD). Aber warum, Herr Oberbürgermeister? Konkret die Tatsachen auf den Tisch! Butter bei die Fische! Ein Künstler, der gegen die real existierenden Gewalttaten, die durch Asylbewerber begangen werden, rappt, hat in einer freien Gesellschaft das Recht dazu. Jedenfalls so lange der Bundespräsident die Bevölkerung zum Konzert von „Feine Sahne Fischfilet“ nach Chemnitz einlädt, die gewaltverherrlichende Texte gegen die Polizei im Repertoire hat und selbst vom Verfassungsschutz beobachtet und im alljährlichen Bericht gewürdigt wurde. Oder so lange ein Musiksender MTV in der blasphemischen Comicserie namens „Popetown“ übelste Beleidigungen gegen eine Institution senden darf, die Milliarden Menschen Orientierung gibt. Satire darf alles behauptete Tucholsky. Rapmusik auch, behauptet Kelle. Wenn Sie einem Künstler Auftrittsverbot erteilen, weil er nicht ihre politische Meinung teilt, dann haben Sie das vor der Öffentlichkeit zu begründen. Wenn nicht, muss Naidoo im Westfalenpark auftreten.

In Zeiten des medialen Mainstreams sind freie, unabhängige und seriöse Medien extrem wichtig für unsere offene Gesellschaft. Gemeinsam mit vielen anderen bürgerlich-konservativen Internet-Journalisten bemühe ich mich hier auf denken-erwünscht darum, auch anderen Blickwinkeln eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Das ist nur möglich, wenn die Freunde der Meinungsfreiheit unsere Arbeit auch finanziell unterstützen. Wenn Sie dazu in der Lage und willens sind, freue ich mich über jede Unterstützung zum Beispiel über PAYPAL [hier](#)

Unerwartetes Lebenszeichen aus dem liberalen Kellergewölbe

Zum Wochenende habe ich eine wirklich gute Nachricht für Sie alle: die FDP lebt noch. Ich hatte Wochen, ja ganze Monate den Eindruck, das es keine liberale Partei mehr im Deutschen Bundestag gibt. Doch dann kam Christian Lindner, trat ans vorher desinfierte Rednerpult und sprach Klartext. Klartext, ja wirklich.

Zwar habe man bisher die Maßnahmen der Merkel-Administration mitgetragen, bekannte er, aber nun sei einige Zeit vergangen und alle wüssten mehr über das Covid-19-Virus und seine Gefährlichkeit. Lindner weiter wörtlich: „Und weil die Zweifel gewachsen sind, Frau Bundeskanzlerin, endet heute auch die große Einmütigkeit in der Frage des Krisenmanagements.“ Bamm! Endlich.

Nach der AfD, deren Frontmann Alexander Gauland den ersten Aufschlag in der Debatte machte, haben

sich nun auch die Freien Demokraten entschieden, ihre Aufgabe als Oppositionspartei ernstzunehmen. Endlich, möchte ich als bürgerlicher Verzweiflungswähler noch mal wiederholen, der in den vergangenen zehn Jahren oft seine Kreuze auf dem Stimmzettel bei den Liberalen platziert hat Um es dann schon ein, zwei Tage später bitter zu bereuen. Na gut, ich bin auch nicht FDP-Überzeugungswähler und deshalb nicht Lindners Kernzielgruppe. Ich kenne ihn aus seiner Zeit im Düsseldorfer Landtag, und ich finde ihn durchaus smart. Seine Kampagne zur Bundestagswahl 2017 sollte internationale PR-Awards kassieren ohne Ende. Aber die FDP will Bürgerrechte auch für Kriminelle, ich will eine effektive Polizei. Die FDP will sexuelle Vielfalt, ich bin katholisch. Die FDP will am Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk festhalten (warum eigentlich?), ich halte die Anstalten für verzichtbar. Die FDP wendet sich an die Jungen, ich bin alt, wenigstens ein bisschen.

Und trotzdem wähle ich sie oft. Weil sie für die Freiheit steht, für weniger Staat, weniger Bürokratie. Für kleine und mittlere Unternehmen, für Handwerker, Ladenbesitzer, Ärzte, Steuerberater und Golfspieler. Ich bin auch Handwerker, mein Handwerk ist recherchieren und formulieren. Und für Freiheit, für eine offene Gesellschaft, für Bürgerrechte stehe ich auch. Aber kommt da endlich noch mehr? Lindner sagte im Bundestag, es müsse darüber gesprochen werden, „wie wir Gesundheit und Freiheit besser vereinbaren“. Ja, da hat er recht. Aber wie geht es weiter? Was passiert nächste Woche? Einmal der Kanzlerin im Bundestag die Versäumnisse vorhalten, das ist gut. Aber es reicht nicht.

Und wer soll es denn sonst machen? Die Grünen fallen als Rechtsstaatspartei komplett aus. Ihr Chef Robert Habeck kommt als Model beim Fotoshooting noch ganz passabel rüber - wie Lindner auch - aber inhaltlich ist das nullkommanullkommanull. Etwa wenn er den von Pleite bedrohten Gastwirten allen Ernstes empfiehlt, ihre geschlossenen Lokale jetzt mal umweltgerecht umzubauen. Oder wenn er im Fernsehinterview nicht weiß, dass die Pendlerpauschale auch für Bahnfahrer gilt. Den Mann als Kanzler? Die grüne Verbotspartei als Wahrerin der Freiheitsrechte? Herzlichen Glückwunsch, Deutschland!

Dieses Land braucht eine starke liberale Stimme, das sage ich als einer, der eher konservativ tickt, aber auch das bei weitem nicht allumfassend. Und selbst wenn sie mich demnächst wieder enttäuscht und ich sie nicht wähle, finde ich gut, dass es sie gibt. Aber ein bisschen mehr Power, ein bisschen Grundsätzliches und weniger nur an der Oberfläche kratzen wie jetzt - das wäre sehr schön für uns alle.

Vom Leiden junger Koks-Dealer aus Simbabwe im Görlitzer Park

Ich frage mich immer wieder, ob wir Deutsche tatsächlich eine Hochkultur sind, oder ob wir mordmässig einen an der Klatsche haben. Heute zum Beispiel habe ich im Netz einen TV-Beitrag des öffentlich rechtlichen RBB gesehen, der sich um die Corona-Probleme der Rauschgifthändler im berühmten Görlitzer Park in Berlin dreht. Da sitzt ein Gast unseres Landes („junger Mann aus Simbabwe“) und

erzählt den Reportern, dass jetzt, da soziale Kontakte zu vermeiden sind, keine Kunden mehr kommen: „Das Koks in seinen Taschen will keiner mehr haben...“ Ja, schlimm. Unwillkürlich greife ich zum Taschentuch und will leise weinen.

In meiner Welt ist der Handel mit Substanzen wie Kokain verboten. In meiner Welt gibt es keine rechtsfreien Räume wie den Görlitzer Park. In meiner Welt kommt die Polizei, wenn Drogenhändler ihren illegalen Geschäften nachgehen. Und sie nehmen junge Männer aus Simbabwe, die Koks in den Taschen haben, mit aufs Revier und sperren sie in einer Zelle. Und dann kommt der Staatsanwalt und erhebt Anklage. Und dann gibt es ein Gerichtsverfahren, wo nach Anhörung und Zeugenbefragung ein Richter ein Urteil fällt. Aber das ist in meiner Welt, wo Journalisten auch über illegale Aktivitäten sogenannter Flüchtlinge (aus Simbabwe!) berichten, anstatt ihnen eine Bühne für absurdes Gejammer vor der Fernsehkamera zu bieten. Morgen, wenn unser Freund aus Simbabwe wieder im Park unterwegs ist, kommt wahrscheinlich Herr Bedford-Strom mit ein paar Plüschtieren vorbei.

In Zeiten des medialen Mainstreams sind freie, unabhängige und seriöse Medien extrem wichtig für unsere offene Gesellschaft. Gemeinsam mit vielen anderen bürgerlich-konservativen Internet-Journalisten bemühe ich mich hier auf denken-erwünscht darum, auch anderen Blickwinkeln eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Das ist nur möglich, wenn die Freunde der Meinungsfreiheit unsere Arbeit auch finanziell unterstützen. Wenn Sie dazu in der Lage und willens sind, freue ich mich über jede Unterstützung zum Beispiel über PAYPAL [hier](#)